

Agenda

Einspruch gegen Glaubenszweifel

Von David Dürr



Meine Kolumnen scheinen ein Aufmerksamkeitsranking zu erreichen, das ich mir nie träumen liess. Nicht bloss hin und wieder empörte oder zustimmende Leserbriefe, E-Mails und Facebook-Kommentare. Nicht nur – wie vor einigen Wochen – eine

entsetzte Breitseite des Kolumnisten-Kollegen Roland Stark, der es respektlos fand, dass ich darauf hinwies, dass die ganz grossen Kriege noch immer von Staaten geführt wurden. Sondern neustens nun gar eine offizielle redaktionelle Schelte, ein vor Erregung bebender «Einspruch» des BaZ-Journalisten Daniel Szpilman gegen meine letzte Kolumne, die ganz offensichtlich unzulässig gewesen sei.

Dabei hatte ich bloss die US mit dem IS verglichen (BaZ vom 10.10.14). Das wird man ja wohl noch dürfen. Ausser eben, es sei verboten, dies zu dürfen, was jeweils ein Zeichen dafür ist, dass heilige Glaubenswahrheiten verletzt werden. Und genau dies scheint das Problem von Daniel Szpilman zu sein. Er glaubt derart glühend an die guten USA und ihre Demokratie, dass er Leuten mit anderen Ansichten nicht einfach widerspricht, sondern sie persönlich anpflaumt, sie falsch zitiert und derb unter die Gürtellinie zielt. Ich halte es da lieber mit dem inhaltlichen Argument, auch auf die Gefahr hin, vielleicht noch weitere Glaubenswahrheiten des westlichen Staatskatechismus zu verletzen.

Deshalb nochmals zu den USA, die gemäss Szpilman zwar «Ecken und Kanten» haben, aber andererseits doch immerhin die «Wiege von Hightech und Fortschritt» seien. Der klassische statistische Fehlschluss, wonach der Staat das Gleiche sei wie Land und Leute. Ist er aber nicht. Er ist bloss eine Firma, die sich mit raffiniertem Marketing als Verkörperung des ganzen Volkes aufspielt, populistische, aber ruinöse Sozialprogramme inszeniert, keine demokratische Legitimation besitzt (ein Nachzählen der Wahl- und Abstimmungsergebnisse lohnt sich), die Leute und vor allem die Wirtschaft mit Steuern und bürokratischen Schikanen behindert – um dann deren Erfolg sich selbst zuzuschreiben. Nein, Hightech und Fortschritt sind überhaupt nicht das Verdienst der USA, sie sind das Verdienst der Amerikaner.

Und was ich mit dem IS verglichen habe, sind beileibe nicht die Amerikaner, sondern ist der arrogante Gewaltkonzern namens USA. Jene Organisation, welche die Hälfte des weltweiten Militäraufkommens bestreitet und es auch ständig ernstfallmässig einsetzt. Und die mit einer Rücksichtslosigkeit sondergleichen durch alle Landesgrenzen hindurch Steuersubstrat für ihre Rüstungs-Milliarden zusammenrafft (einige Schweizer Banken sollen dieser Tage ruppige Post aus Washington bekommen haben). Und eher selektiv scheint der historische Exkurs von Daniel Szpilman zum Verdienst der USA beim alliierten Kampf gegen Nazideutschland. Da hätte er auch noch die beiden Atombomben von Hiroshima und Nagasaki erwähnen dürfen und vielleicht auch noch die anderen fernöstlichen Feldzüge der Nachkriegszeit.

Das Gefährlichste an solchen Machtballungen ist vielleicht nicht einmal ihr militärisches Gewaltpotenzial. Fast noch unheimlicher ist ihr Effekt, in ihrem Wirkungs- und Drohbereich willfähige Anschlussfreudigkeit und kuschende Unterwürfigkeit auszulösen. Dies zeigt im Kleinen der Erfolg des IS in den eroberten Gebieten. Und im Grossen die Akzeptanz der US in der westlichen Welt.

Wetter und Klima

Religionskrieger einer anderen Art

Von Markus Häring

97 Prozent Konsensus, dass alleine der Mensch für den Klimawandel verantwortlich sei. Diese Zahl schlägt selbst nordkoreanische Abstimmungsresultate. Solche Aussagen sind suspekt, insbesondere wenn es sich um Wissenschaft handeln soll. Auch den Satz «The science is settled» habe ich zum ersten Mal im Zusammenhang mit der Klimadiskussion gehört. Wer so etwas behauptet, hat eine andere Agenda als die wissenschaftliche Wahrheitsfindung. Wissenschaft ist niemals abgeschlossen, sie lebt ja vom laufenden Diskurs, eine abgeschlossene Wissenschaft gibt es nicht. Sonst würde die Welt heute noch als Scheibe verstanden. Der besagte 97-Prozent-Konsensus ist unterdessen von der Wissenschaft selbst als unwahr widerlegt worden¹.

Dass ein ungebremsster Verbrauch fossiler Brennstoffe weltweit zu einem Anstieg des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre beiträgt, und dass CO₂ mit zunehmender Konzentration eine Erwärmung begünstigt, ist kaum bestritten. Doch dann hört der Konsens bei den Wissenschaftlern auf, unter anderem auch bei den Mitautoren der Berichte des Weltklimarats (IPCC). Die völlig verkürzte Aussage, dass alleine der menschengemachte Klimagas-Ausstoss eine Klimaerwärmung bewirkt, steht nur in den 26 Seiten des «Summary for Policymakers» des IPCC. Es ist nicht unwesentlich zu wissen, dass für den Inhalt dieser Zusammenfassung um jedes Wort politisch und nicht wissenschaftlich gerungen wird. Macht man sich dann die Mühe, sich durch die 1552 Seiten des fünften Abschlussberichtes zur Physik des Klimawandels zu wälzen, stellt man mit Genugtuung fest, dass die Sache doch ein bisschen komplizierter ist. Dass noch ein paar andere Faktoren im Spiel sind, und dass noch nicht alle Mechanismen des Klimaschehens verstanden sind. Es wird sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, dass beim weitaus wichtigsten aller Klimagasen, dem Wasserdampf, grosse Unsicherheiten über dessen Einfluss auf das Klimageschehen bestehen. Trotzdem steigern sich Klimadiskussionen oft ins Hysterische und Forderungen der Apokalyptiker zunehmend ins Absurde und

nehmen unverkennbar religiöse Züge an. Den Vogel abgeschossen hat bisher die Klima-Allianz, welche es fertigbringt, eine Bundesrätin als Schutzheilige des Klimas vorzuschlagen und diese mit wolkigem Heiligenschein zu präsentieren. Hier versagt die Hoffnung auf Sachlichkeit. Solche Manifeste sind Gift für eine ernsthafte Energiepolitik. Es ist schlicht nicht so einfach, nur Solarzellen und Windmühlen aufzustellen, und dann ist das böse CO₂ weg. Solche dummen Verkürzungen sind ein Hohn gegenüber allen Forschern, Entwicklern und Ingenieuren, die sich ernsthaft bemühen, nicht nur ökologisch wünschbare, sondern auch ökonomisch tragbare Lösungen zu finden. Das Unbehagen, dass unser Wohlstand zu

Dass ein ungebremsster Verbrauch fossiler Brennstoffe weltweit zu einem Anstieg des CO₂ in der Atmosphäre beiträgt, ist kaum bestritten.

über 80 Prozent auf dem Gebrauch fossiler Brennstoffe aufbaut, ist berechtigt. Nachhaltige Energiesysteme müssen in Zukunft fossile Brennstoffe ablösen. Richtig nachhaltig sind aber nur solche, die ohne Subventionen im Markt bestehen können, sonst bleiben sie unwirksame Nischenprodukte, die sich nur reiche Länder leisten können. Da ist leider noch ein langer Weg. Und da besteht eine weitere Gefahr der Klimahysterie. Sollte die Erwärmung nicht so stattfinden wie angedroht – solche Zeichen mehren sich –, fällt eine bloss an Klimazielen aufgehängte Energiepolitik wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Trotz religiösen Energiekriegern sollte man die Hoffnung auf die menschliche Vernunft nicht aufgeben.

¹Cook et al. 2013: Quantifying the consensus on anthropogenic global warming in the scientific literature; Environmental Research Letters, Volume 8, Nr. 2.

Dr. Markus Häring ist Geologe, Experte für Energieträger aus dem Erdreich und selbstständiger Unternehmer sowie Mitglied der Eidgenössischen Geologischen Kommission (EGK).

Turbau zu Basel

Blüten des Biederen

Jetzt, wo beinahe alles, was im Sandkasten der Basler Politik gerade Burgen baut, freudig Bauklötzchen staunt ob des geplanten, dannzumal 205 Meter hohen Turms «Bau 2», jetzt ist es an der Zeit, zu diesem herbeigeredeten Höhenflug der Stadt, die einst Basel hiess und jetzt Roche-Town wird, ein, zwei Dinge zur Flughöhe aus dem Cockpit der Vernunft anzumerken.

Zuallererst: Hochhäuser sind an sich eine grossartige Sache, vor allem, wenn unten der Platz knapp wird. Und natürlich ist es mehr als begrüssenswert, dass da ein Konzern nicht nur in Basel bleiben, sondern hier auch gross investieren will. Aber heiligt der Zweck in diesem Fall die Mittel? Geht es doch auch um die Frage des Stils einer konzernlichen Selbstverwirklichung, die sichtbar und vor allem sichtbar für alle aus einem Fundament der Schmucklosigkeit und des Biederen spriesst: So viel Geld ausgeben für Mittelmässigkeit, deren einzige Charaktereigenschaft die Höhe ist, ist einfach schlechter Stil. Und dass Herzog & de Meuron – deren Reichtum inzwischen auch unerreichte Höhen aufweisen dürfte – da mit- und sich auch gemeinmachen, ausgerechnet die Architekten des Ästhetizismus, grenzt an ein sittliches Verbrechen. Die Türme stehen ja nicht irgendwo versteckt in der Pampa, sondern doch fast mitten in der Stadt, unter uns also. Dort gibt es jetzt seltsame Zweckoptimisten, die sagen, zu zweit wirk-

ten die Türme weniger unschön, weil sie ein Ensemble bildeten und kommunizierten. Nur, das Grobschlächtige halbiert sich dadurch nicht, es verdoppelt sich. Es mag wirtschaftliche Argumente geben dafür und sowieso die Diktatur derselben in unseren Tagen, aber dafür müssen wir, die vom Turm täglich erschreckt werden, nicht zwangsläufig Verständnis aufbringen.

Was haben wir, die wir hier leben, von den Türmen, ausser zwei Klötze vor der Aussicht und die Klarheit, wer die Stadt regiert? Einen Arbeitsplatz für Frau Müller? Wohl eher einen für Miss Miller. Ein Klein- und Grossgewerbe, das so viel vom «Drei-Milliarden-Investment in den Standort Basel»-Kuchen abbekommt, dass der wirtschaftliche Fluss der Stadt finanziell in Hochwasserbereiche kommt? Und das Steuerbecken so füllt, dass wir Privatpersonen weniger Geld aus dem eigenen Kübel hineinschütten müssen? Kaum. Die rotgrüne Regierung hat dann einfach noch höhere Steuereinnahmen, die sie in die sozialistischen Luftschlösser ihrer kleibürgerlichen Lebens- und Stadtplanungsvorstellungen sowie in ihren Behördenplan investieren kann. Schon erstaunlich, wenn einer von uns sein Haus himmelblau anstreichen möchte, kommen dieselben Leute und verbieten es. Baut die Pharma Käseraffeln in den Himmel, verhalten sie sich wie einer, der gerade Viagra entdeckt hat. Michael Bahnerth

Patricia von Falkenstein

Alter respektieren



Es ist schön, in einem Land leben zu dürfen, das für Frau und Mann eine der höchsten Lebenserwartungen aufweist. Das sollte man jedenfalls meinen. Die Voraussetzungen für unsere zu erwartende Lebensdauer von 82 beziehungsweise 84 Jahren

sind bewusst und auf verschiedenen Ebenen geschaffen worden. Von der Gesundheits-erziehung über die Vermeidung von Gefahren im Arbeitsalltag, von einer der weltbesten medizinischen Versorgungen bis hin zu vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen sowie einem Netz der sozialen Sicherheit. So sind viele Faktoren der Grund dafür, dass es in unserem Land viele betagte und hochbetagte Menschen gibt. Alle genannten Voraussetzungen basieren übrigens auf klaren demokratischen Entscheiden, unser Volk wollte und will das so.

Dazu passt in keiner Weise, wie gewisse politische Parteien mit der älteren Bevölkerung umgehen. Es fängt an mit den aus meiner Sicht verfehlten und diskriminierenden Begriffen «Überalterung» oder «überalterte Gesellschaft». Diese offensichtlich von der Statistik geprägte Sichtweise ist verletzend und trägt der Tatsache nicht Rechnung, dass wir unseren Wohlstand und unseren Sozialstaat zum grossen Teil diesen älteren Generationen verdanken. Oft unter Entbehrungen haben sie die Grundlage für den heutigen Wohlstand geschaffen. Ebenso unangebracht ist es, von «Problemen» zu sprechen, welche die Politik zu lösen habe, weil es einen grossen Anteil an betagten Menschen gibt. Es redet auch keiner von «Problemen», welche dem Staat erwachsen, weil er für die Schul- und Berufsbildung zuständig ist. Es sind Aufgaben für die Politik und nicht «Probleme». Diese Aufgaben gilt es mit Respekt und auch mit Freude und Dankbarkeit in Angriff zu nehmen und nicht als lästige Pflicht.

Man darf, man soll durchaus über verschiedene Lösungsansätze für Fragen im Bereich des Gesellschaftsvertrags diskutieren, bei denen es besonders um ältere Menschen geht. Es ist aber unwürdig und mit meiner liberalen Grundhaltung nicht zu vereinbaren, wenn ältere Menschen zu Objekten gemacht werden, über die man bestimmen muss. So kommt mir der Vorschlag aus Kreisen der SP vor, den Führerschein ab Alter 70 freiwillig abzugeben und dafür als «Zückerchen» ein Jahr lang auf Staatskosten den öffentlichen Verkehr benutzen zu können. Dies wird auch mit tragischen Unfällen unter Beteiligung Betagter begründet. Das ist Bevormundung, ein Generalverdacht, das ist diskriminierend gegenüber der älteren Generation. Manche trauen den älteren Menschen offenbar nicht zu, dass sie selbst entscheiden können, ob sie im Strassenverkehr eine Gefahr für sich und andere darstellen. Auch die Begründung mit der Unfallstatistik hält einem Vergleich mit den Werten anderer Alters- bzw. Risikogruppen nicht stand. Es mutet auch seltsam an, wenn über alle Parteigenossen hinweg die Anhebung des Rentenalters, sogar bis 67, gefordert wird. Man traut also Menschen dieses Alters jede verantwortungsvolle Arbeit zu, um ihnen bloss drei Jahre später die Fähigkeit, ein Auto zu lenken, abzuspargeln. Das geht nicht auf.

Weitere Beispiele für Altersdiskriminierung sind die Versuche, ältere Menschen zu bewegen, aus ihren Häusern oder Wohnungen auszuweichen, um Wohnraum frei zu machen, das Stimm- und Wahlrecht so zu ändern, dass die Jugend mehr Gewicht bekommt. Dann die Einführung von Abgaben speziell für Betagte an die Pflegekosten. Sicher kennen Sie noch andere Beispiele für fehlenden Respekt oder Wertschätzung gegenüber dem Alter. Gerade aktuell ist die Absicht, die Abfallentsorgung zu ändern. Alle sollen den Bebbi-Sack bis zu 100 Meter weit an eine Deponiestelle bringen müssen. Wer hat da an die älteren Generationen gedacht?

Patricia von Falkenstein, Grossrätin und Präsidentin Liberal-Demokratische Partei BS.

Basler Zeitung

National Zeitung und Basler Nachrichten AG
Gegründet 1842 (NZ) und 1844 (BN)

Verwaltungsratspräsident und Delegierter:
Rolf Bollmann

Verleger und Chefredaktor: Markus Somm (mso)

Stv. Chefredaktor: David Thommen (-en)

Chefredaktion: Michael Bahnerth (mh), Textchef – Roland Harisberger (rh), Chef vom Dienst – Laila Abdel'Al, Assistentin

Politik: Martin Furrer (mfu), Leitung – Viviane Joyce Laissue (vj), stv. Leitung – Hansjörg Müller (hjm) – Benedict Neff (bn) – Samuel Tanner (sta)

Bundeshaus: Dominik Feusi (f), Leitung – Daniel Ballmer (dab), Beni Gafner (bg) – Hubert Mooser (hmo)

Basel-Stadt: Nina Jecker (nj), Leitung – Dominik Heitz (he), stv. Leitung – Denise Dollinger (dd) – Joël Gernet (jg) – Mischa Hauswirth (hws) – Jonas Hoskyn (hys) – Rahel Koerger (rak) – Franziska Laur (fl) – Martin Regenass (mar)

Baselland: Christian Keller (ck), Daniel Wahl (wah), Leitung – Boris Gyga (bg) – Joël Hoffmann (jho) – Alexander Müller (amu) – Alessandra Paone (ale) – Dina Sambar (dis)

Thomas Dähler (td) – Thomas Gubler (Gu), Liestal

Wirtschaft: Ruedi Mäder (rm), Leitung – Patrick Gnessler (pg), stv. Leitung – Seraina Gross (sgr) – Kurt Tschan (kt) – Daniel Zulauf (dz) (Zürich)

Sport: Marcel Rohr (mr), Leitung – Andreas W. Schmid (aws), stv. Leitung – Andreas Eugster (ae) – Oliver Gut (og) – Fabian Kern (ker) – Tilman Pauls (tip) – Tobias von Rohr (tvr) – Dominic Willmann (dw)

Kultur: Raphael Suter (ras), Leitung – Sigfried Schibli (bs), stv. Leitung – Christoph Heim (hm), Nick Joyce (nj) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Jochen Schmid (js) – Markus Wüest (mw)

Auslandskorrespondenten: Roman Arens (RA), Rom – Rudolf Balmer (RB), Paris – Sebastian Borge (bor), London – Fritz Dinkelmann (fd), Berlin – Wolfgang Drechsler (wdk), Kapstadt – Paul Flückiger (fl), Warschau – Willi Germund (wg), Bangkok – Frank Hermann (fhw), Washington – Pierre Heumann (heu), Naher Osten – Felix Lee (fl), Peking – Thomas Roser (tro), Belgrad – Stefan Scholl (sch), Moskau – Reiner Wandler (rw), Madrid

Meinungen und Profile: Graziella Kuhn (gku)

Kolumnisten: Thomas Cueni – David Dürr – Felix Erbächer (FE) – Allan Guggenbühl – Markus Häring – Hans-Peter Hämmerl (-minu) – Martin Hicklin (hckl) – Walter Holstein – Helmut Hubacher – Markus Mehlz – Manfred Messner – Linus Reichlin – Eugen Sorg – Regula Stämpfli – Roland Stark – Tamara Wernli

Spezialseiten: Bildung: Markus Wüest (mw) Gesundheit heute: Sarah Ganzmann-Kuhni (sku) Mobil/Reisen/essen & Trinken: Benno Brunner (bb) – Sarah Ganzmann-Kuhni (sku) – Roland Harisberger (rh)

Beilagen/Projekte: Roland Harisberger (rh) – Benno Brunner (bb)

Produktion: Benno Brunner (bb), Stv. Chef vom Dienst – Claudia Biangetti (cbj) – Dominique Burckhardt (db) – Peter de Marchi (pdm) – Sarah Ganzmann-Kuhni (sku) – Christian Horisberger (ch) – Marko Lehtinen (ml) – Eva Neugebauer (ene) – Stefan Strittmatter (mat) – Markus Vogt (mv)

Gestaltung: Nino Angiuli (Art Director), Bettina Lea Toffel (stv. Leitung) – Jean-Claude Basler – Holger Böhler – Paul Graf – Monika Müller – Daniel Schaufelberger – Paul Schwörer

Bildredaktion: Melody Gygax, Leitung – Jeannette Bölle – Doris Flubacher – Fotografen: Pino Covino – Lucian Hunziker – Kostas Maros – Dominik Plüss – Nicole Pont

Korrektur: Lesley Paganetti (Teamleitung) – Rosmarie Ujak (Teamleitung) – Katharina Dillier Muzzolini – Andreas Herzog – Markus Riedel – Dominique Thommen

Sachbearbeitung: Milena De Mattei – Marcel Münch – Anny Panizzi

Dokumentation/Archiv: Marcel Münch doku@baz.ch

Redaktion: Aeschenschplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 631 15 82, redaktion@baz.ch / vorname.name@baz.ch

Büro Liestal: Basler Zeitung, Rebgasse 17, 4410 Liestal Redaktion: Tel. 061 927 13 33, Fax 061 921 28 48

Büro Laufen/Schwarzbubenland: Basler Zeitung, Postfach, 4245 Kleinlützel Tel. 061 639 11 11

Verlag: Aeschenschplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Leiterin Verlag: Sabine Galindo

Leiter Werbekamert: Beat Leuenberger

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst: Montag bis Freitag von 6.30–18 Uhr, Samstag von 7.30–12 Uhr, Sonntag von 8–11 Uhr, Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Abonnementspreise: Basler Zeitung (mit Sonntagszeitung, inkl. 2.5% MWST): 6 Monate Fr. 245.–, 12 Monate Fr. 466.– (Ausland auf Anfrage)

BAZ am Aeschenschplatz: Aeschenschplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19, schalter@baz.ch

Schalter für Inserate und Tickets: Montag-Freitag von 8.00 Uhr–18.00 Uhr

Todesanzeigen: todesanzeigen@baz.ch, Fax 061 639 12 19, Sa/So: Fax 061 639 17 84

Inserate: Basler Zeitung Medien, Aeschenschplatz 7, Postfach, 4002 Basel Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20 inserate@baz.ch, www.bzm.ch

Reservierungen/Technische Koordination: Reto Kyburz

Geschützte Marken: Nordwestschweizer

Z E I T U N G

Basler Woche

Baslerfest

Annoncenpreis: Basler Zeitung, s/w oder farbig Fr. 4,25, (mm-Basispreis, zzgl. MwSt.) Ein Mitglied des metropool

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG Bubenbergrasse 1, 8021 Zürich

Basler Zeitung Medien: Bekanntgabe namhafter Beteiligungen: Distriba AG, Neue Fricktaler Zeitung AG